



**STADT VISSELHÖVEDE
DER BÜRGERMEISTER**

Sitzungsvorlage

Lfd. Nr.: 039-2019/2
Sachbearbeiter: Gerd Köhnken Az.: 614-11 kö.
Datum: 22.03.2019

Ausschuss / Gremium	Beratung	Datum	Abstimmung:	Z
Ausschuss für Landwirtschaft, Grünanlagen, Umwelt und Energie	öffentlich	14.03.2019	6:0:0	Hg
Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich	21.03.2019	5:0:1	Hg
Rat	öffentlich	04.04.2019	18:0:2:1	UG

Tagesordnungspunkt: Erkundungsbohrungen durch Vermilion Energy - Antrag der Ratsfraktion von "WiV - Wir in Visselhövede" auf Verabschiedung einer Resolution

Beschlussvorschlag: Auf Grundlage des Antrages aller Ratsfraktionen zu den Erkundungsbohrungen der Vermilion Energy Germany GmbH & Co KG wird der Verabschiedung einer Resolution des Rates der Stadt Visselhövede zugestimmt.

Sachverhalt:

Am 14. Februar 2019 hat die Vermilion Energy Germany GmbH & Co. KG, Berlin, in einer nicht öffentlichen Ratsinformationsveranstaltung, zu der auch alle Ortsbürgermeister/innen und Ortsvorsteher/innen eingeladen waren, über die geplanten Vorhaben zur Auffindung von weiteren Gasvorkommen im Bereich der Stadt Visselhövede berichtet. Es ist beabsichtigt, auf der Grundlage vorliegender bergrechtlicher Erlaubnisse Erkundungsbohrungen zur Gassuche durchzuführen.

Im Anschluss fand eine weitere, gleich gelagerte, nicht öffentliche Veranstaltung beim Landkreis Rotenburg (Wümme) statt.

Vermilion Energy teilte in diesem Zusammenhang mit, dass es in Kürze auch eine öffentliche Informationsveranstaltung in Visselhövede geben soll.

Mit Datum vom 07. Februar 2019 legt die Ratsfraktion von „WiV – Wir in Visselhövede“ einen Antrag vor, nach dem der Rat der Stadt Visselhövede die nachfolgende Resolution beschließen möge:

Der Rat der Stadt Visselhövede lehnt die Erkundung und Förderung von Gas- und Ölvorkommen, unabhängig von der Art und Weise der angewandten Methodik, ab.

Die Stadt Visselhövede wird für diesen Zweck keine städtischen Grundstücke und Wegerechte zur Verfügung stellen, soweit dieses rechtlich zulässig ist.

Der Rat der Stadt Visselhövede fordert die zuständigen Instanzen (LBEG, Nds. Wirtschaftsministerium, Nds. Umweltministerium, Nds. Gesundheitsministerium und den Landkreis mit seiner Umwelt- und Wasserbehörde) auf, Schäden von Menschen, Tieren und Umwelt, Lebens- und Wirtschaftsraum abzuwenden, weil die Erfahrung der vergangenen Jahre in den Nachbarlandkreisen gezeigt hat, dass die Förderung von fossilen Energieträgern diese vielfach und nachhaltig geschädigt hat.

Mit Datum vom 11.03.2019 legt die Fraktion Bündnis90/die Grünen einen Ergänzungsantrag vor. Dieser übernimmt den Inhalt aus dem WiV-Antrag und ergänzt diesen durch weitergehende Forderungen.

Der Antrag der Ratsfraktion von „WiV“ sowie der Ergänzungsantrag der Bündnis90/Die Grünen

werden der Sitzungsvorlage beigelegt. In den Gremien soll über diesen Antrag beraten und entschieden werden.

Im Auftrag

Gerd Köhnken
Bereichleiter Bauamt

Zur Beratung freigegeben

Ralf Goebel
Bürgermeister

Anlagen
Resolutionstext aller Ratsfraktionen